

A stylized map of Chile composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to indicate specific locations or points of interest.

Kontinuität und Erneuerung – Präsidentschaftswahlen in Chile

REINER RADERMACHER
Dezember 2013

- Michelle Bachelet ist die erste Politikerin seit der Wiederbegründung der Demokratie in Chile, die für eine zweite Amtszeit in den Präsidentenpalast *La Moneda* einziehen kann. »Bachelet II« (März 2014 bis März 2018) wird jedoch nicht die modifizierte Fortsetzung von »Bachelet I« (März 2006 bis März 2010) sein können, denn die politische Landschaft Chiles hat sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt.
- Der Mitte-Rechts-Block hat eine herbe Wahlniederlage erlitten, die den schwelenden Richtungsstreit in den eigenen Reihen über die Definition der zentralen Inhalte eines zeitgemäßen Konservatismus mit zusätzlicher Energie aufladen wird. Für die politische Linke besteht kein Anlass, sich in Selbstzufriedenheit an der Rückkehr in die Regierungsverantwortung nach nur vier Jahren in der Opposition zu erfreuen, denn nicht das Parteienbündnis *Nueva Mayoría* hat diese Präsidentschafts- und Parlamentswahlen gewonnen, sondern die charismatische Hoffnungsträgerin Michelle Bachelet.
- Die frischgewählte Präsidentin steht vor der schwierigen Aufgabe, die überbordende Erwartungshaltung der Bürger_innen durch konkrete Fortschritte bei der Auflösung des Reformstaus in rationale Bahnen zu lenken. Sollte es nicht gelingen, das politische System in den nächsten Jahren umfassend zu reformieren (und damit zu re-legitimieren), dürfte auch in Chile der verführerische Charme neopopulistischer Politikgestaltung die Oberhand gewinnen.



Die Präsidentschaftswahlen in Chile haben das Ergebnis erbracht, das von Meinungsforscher_innen, politischen Beobachter_innen und den Medien seit langem prognostiziert worden war: Im ersten Wahlgang (17. November) erreichte die Kandidatin des Mitte-Links-Lagers, Michelle Bachelet, mit 46,7 Prozent der Stimmen fast die absolute Mehrheit, während die Vertreterin des Mitte-Rechts-Blocks, Evelyn Matthei, mit einem Anteil von 25,1 Prozent deutlich auf den zweiten Platz verwiesen wurde. Die übrigen sieben Bewerber_innen landeten weit abgeschlagen auf den hinteren Rängen (nur zwei von ihnen erreichten ein knapp zweistelliges Ergebnis), doch trugen die auf sie entfallenen Stimmen immerhin dazu bei, eine Entscheidung im ersten Wahlgang zu verhindern. Die somit erforderliche Stichwahl (15. Dezember) entschied Bachelet erwartungsgemäß deutlich mit 62,15 Prozent der Stimmen für sich, während Matthei ihr Ergebnis lediglich auf 37,84 Prozent verbessern konnte.

Michelle Bachelet ist damit die erste Politikerin seit der Wiederbegründung der Demokratie in Chile, die für eine zweite Amtszeit in den Präsidentenpalast *La Moneda* einziehen kann. Indessen steht bereits jetzt fest, dass »Bachelet II« (März 2014 bis März 2018) nicht die modifizierte Fortsetzung oder gar die Wiederholung von »Bachelet I« (März 2006 bis März 2010) sein wird – denn die politische Landschaft Chiles hat sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt, was wiederum die Folge von tiefgreifenden Veränderungen in der chilenischen Gesellschaft ist. Die genauere Betrachtung der Wahlergebnisse macht denn auch deutlich, dass nicht Kontinuität, sondern Erneuerung auf der politischen Tagesordnung steht.

Die Krise des politischen Systems

Die »Partei der Nichtwähler_innen« ist mit diesen Wahlen zur zahlenmäßig stärksten Gruppierung angewachsen – immerhin 50,7 Prozent der Bürger_innen haben im ersten Wahlgang auf die Nutzung ihres Stimmrechts verzichtet, und bei der Stichwahl blieben sogar 58,1 Prozent zu Hause. Der seit rund einer Dekade anhaltende Trend, sich dem Prozess der Legitimierung der Institutionen der repräsentativen Demokratie zu verweigern, hat damit eine neue Höchstmarke erreicht. Diese Entwicklung ist umso beunruhigender, als bei diesen Präsidentschaftswahlen ein breites Spektrum politischer Alternativen zur Auswahl stand, das von rechtskonservativer Kontinuität

und populistischer Beliebigkeit über charismatische Erneuerung und linksradikale Romantik bis hin zu ökologischem Fundamentalismus reichte.

Offenkundig hat sich jedoch die Kritik an dem überkommenen politischen System mittlerweile derart verfestigt, dass ein erheblicher Teil der Wähler_innen von dem Diskurs der Politik nicht mehr erreicht wird. Die Sozialbewegung, die in den letzten Jahren zeitweilig den Charakter einer außerparlamentarischen Opposition angenommen hat, rekrutiert sich daher auch nicht aus dieser »schweigenden Mehrheit« der Bevölkerung, sondern aus einer »kritischen Masse«, die sich gegen die politische Resignation wendet. Umso bedeutsamer ist die Forderung dieser »Empörten« nach einer neuen, demokratisch legitimierten Verfassung, die eine stärkere Partizipation der Bürger_innen an der Entscheidungsfindung ermöglicht: Sollte es nicht gelingen, das politische System des Landes in den nächsten Jahren umfassend zu reformieren (und damit zu re-legitimieren), dürfte auch in Chile der verführerische Charme neopopulistischer Politikgestaltung die Oberhand gewinnen.

Zerbricht die traditionelle Rechte?

Im Gegensatz zu den übrigen Ländern der Region erfolgte in Chile der Übergang von der Diktatur zur Demokratie Ende der 1980er Jahre nicht durch einen Bruch, sondern im Rahmen eines ausgehandelten Paktes auf der Grundlage der Verfassung der Diktatur von 1980, die in wesentlichen Elementen erhalten blieb. Dazu gehört das binominale Wahlsystem, das die Herausbildung zweier politischer Blöcke erzwingt und deren Fortbestand garantiert, während politische Minderheiten weitgehend chancenlos bleiben.¹ Die rechte Seite dieses parteipolitischen Duopols wird von dem Wahlbündnis aus *Renovación Nacional* (RN) und *Unión Demócrata Independiente* (UDI) gestellt. Beide Parteien verstehen sich als zivilpolitische Erben des Pinochet-Regimes, dessen »Errungenschaften« sie auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiet bewahrt sehen wollen. Der Militärputsch am 11.9.1973 wird als heroischer Akt der Errettung der

1. Es handelt sich dabei um eine Variante des Mehrheitswahlrechts: Bei den Parlamentswahlen werden jeweils zwei Abgeordnete und zwei Senator_innen pro Wahlkreis bestimmt. Gewählt ist der/die erstplatzierte Kandidat_in der Siegerliste sowie der/die erstplatzierte Kandidat_in der stimmenmäßig zweitstärksten Liste. Eine Liste kann nur dann zwei Kandidat_innen ins Parlament entsenden, wenn sie in einem Wahlkreis doppelt so viele Stimmen erreicht wie die zweitplatzierte Liste (*doblaje*).



Nation vor Kommunismus und Bürgerkrieg dargestellt und die Diktatur (die als Militärregierung bezeichnet wird) allenfalls wegen der »Exzesse« der Menschenrechtsverletzungen kritisiert. Mit dieser eigentümlichen Interpretation der jüngeren Geschichte Chiles konnten sich RN und UDI erstaunlich lange ein stabiles Wählerpotenzial sichern, das über den Mechanismus des binominalen Wahlsystems stets überproportional verstärkt wurde und so der politischen Rechten im Kongress die Stellung einer beständigen Vetomacht verschaffte.

Inzwischen sind jedoch Generationen nachgewachsen, die an einer anderen, differenzierteren Betrachtung der Geschichte ihres Landes interessiert sind. Dies ist nicht zuletzt im Kontext des 40. Jahrestages des Militärputsches deutlich geworden, der mit einer Vielzahl von Veranstaltungen begangen wurde. Wie noch nie zuvor hat sich die chilenische Gesellschaft mit diesem Ereignis, den soziopolitischen Hintergründen sowie den tragischen Folgen, auseinandergesetzt – die erstmalig auch in den Massenmedien ausführlich dokumentiert wurden. Zwangsläufig rückte dabei auch die persönliche Geschichte der beiden Spitzenkandidatinnen des laufenden Wahlkampfes in das Bewusstsein der Öffentlichkeit: Michelle Bachelet ist die Tochter des Luftwaffengenerals Alberto Bachelet, der verfassungstreu blieb und sich dem Putsch verweigerte, deshalb von seinen »Kameraden« inhaftiert und gefoltert wurde und im März 1974 an den Folgen der Folter verstarb. Evelyn Matthei ist die Tochter des Luftwaffengenerals Fernando Matthei, der zwar nicht unmittelbar am Putsch beteiligt war, 1978 jedoch Mitglied der Militärjunta wurde, der er bis zum Ende der Diktatur angehörte.

Kommentator_innen aus dem Mitte-Links-Lager vertreten die These, dass die politische Rechte in der Folge der »verspäteten Vergangenheitsbewältigung« endgültig ihre Definitionsmacht über die jüngere Geschichte verloren habe, während führende Vertreter_innen des Mitte-Rechts-Blocks mit Blick auf den Jahrestag des Putsches vom »schwarzen September« sprechen, dem ein entscheidender Einfluss auf das Wahlergebnis zugeschrieben wird. Die schwere Niederlage der gemeinsamen Kandidatin von RN und UDI bei den Präsidentschaftswahlen lässt sich indessen nicht bequem auf einen Faktor allein zurückführen, und so wird in den Reihen der politischen Rechten eine heftige Auseinandersetzung über die Ursachen und die daraus zu ziehenden Konsequenzen aufflammen.

Die Perspektiven sind durchaus düster, denn auch die naheliegende Alternative kann offensichtlich nicht überzeugen: Präsident Sebastián Piñera (RN) hat in seiner Amtszeit (März 2010 bis März 2014) versucht, die Grundlagen für eine »moderne Rechte« zu schaffen, die sich von dem bisherigen politischen Ausdruck des Mitte-Rechts-Blocks v. a. in zwei Punkten unterscheidet: Zum einen wird die Sozialpolitik als genuine Aufgabe des Staates anerkannt – und zwar jenseits von sporadischer und klientelistischer Wohltätigkeit. Zum anderen bekennt sich diese »moderne Rechte« eindeutig zur Demokratie und distanziert sich folgerichtig von der Diktatur, die als nationale Tragödie charakterisiert wird. Diese politische Kurskorrektur hat Piñera – der bei Meinungsumfragen auf magere 34 Prozent Zustimmung kommt – die Sympathie von weiten Teilen des eigenen Lagers gekostet. Er konnte aber auch die Wechselwähler_innen in der Mitte nicht halten, da auch die »moderne Rechte« an der Ideologie der reinen Marktwirtschaft festhält, die den Staat auf eine subsidiäre Instanz reduziert. Just dieses Wirtschaftsmodell ist jedoch die Ursache für den wachsenden Unmut weiter Teile der Bevölkerung, die tagtäglich die Ohnmacht der Konsument_innen gegenüber der Marktmacht von Oligopolen erlebt, die praktisch alle Bereiche der chilenischen Wirtschaft kontrollieren. Die Suche der politischen Rechten Chiles nach einer neuen »politischen Erzählung« dürfte also langwierig sein.

Ein problematischer Wahlsieg

Indessen besteht auch für die politische Linke kein Anlass, sich in satter Selbstzufriedenheit an der Rückkehr in die Regierungsverantwortung nach nur vier Jahren in der Opposition zu erfreuen. Zwar können die Parteien des Wahlbündnisses *Nueva Mayoría* – bestehend aus *Partido Demócrata Cristiano* (DC), *Izquierda Ciudadana* (IC), *Movimiento Amplio Social* (MAS), *Partido Comunista* (PC), *Partido por la Democracia* (PPD), *Partido Radical Socialdemócrata* (PRSD) und *Partido Socialista* (PS) – im Abgeordnetenhaus einen Zuwachs von 57 auf 67 und im Senat von 20 auf 21 Mandatsträger_innen verbuchen. Es besteht jedoch kein Zweifel daran, dass dieser Erfolg der politischen Sogwirkung der siegreichen Präsidentschaftskandidatin zu verdanken ist, die im ersten Wahlgang (bei dem parallel auch die Abgeordneten und Senator_innen gewählt wurden) nur knapp die absolute Mehrheit verfehlt hat. Nicht das Parteienbündnis *Nueva Mayoría* hat diese Präsidentschafts- und Parlaments-



wahlen gewonnen, sondern Michelle Bachelet – die nicht als Repräsentantin der politischen Klasse und erst recht nicht als Vertreterin einer bestimmten Partei wahrgenommen wird (obwohl Bachelet seit ihrer Jugend Mitglied der PS ist), sondern als authentische Persönlichkeit, die über den Niederungen der (Partei-)Politik schwebt. Von dieser charismatischen Hoffnungsträgerin erwarten ihre Wähler_innen (sowie viele Nichtwähler_innen) die Realisierung von Reformen und die konkrete Verbesserung ihrer Lebenssituation.

Der Sozialbewegung ist es zu verdanken, dass sich das generelle Unbehagen weiter Kreise der Bevölkerung am Status quo artikulieren und zu konkreten Themen verdichten konnte. Dass diese Themen auf die Agenda der Wahlkämpfer_innen bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen gesetzt wurden, ist gleichfalls in erster Linie der organisierten Zivilgesellschaft und nicht den Parteien zu verdanken. Die so induzierte programmatische Debatte hat eine lange Liste von Reformwünschen auf einer Vielzahl von Politikfeldern hervorgebracht (Bildung, Alterssicherung, Gesundheitswesen, Arbeitsgesetzgebung, Steuersystem, Geschlechtergleichstellung, Konsumentenschutz, Medienpolitik, Energieversorgung, Umweltschutz). Da fast alle diese Reformen nur durch eine Änderung der Verfassung realisierbar sind, ist diese gleichfalls zum Gegenstand der öffentlichen Debatte geworden.

Es ist offenkundig, dass keine Regierung der Welt in der Lage wäre, den aufgelaufenen Reformstau in den vier Jahren der nächsten Legislaturperiode aufzulösen. Die überbordende Erwartungshaltung der Bürger_innen dürfte daher schon bald mit den politischen Realitäten zusammenprallen. Zwar schreibt das politische System der Präsidentin eine quasi monarchische Funktion zu, doch wird das politische Alltagsgeschäft auch in Chile von den Mitgliedern der Regierung bewältigt – und diese wird sich zweifellos aus führenden Repräsentant_innen der Parteien des Wahlbündnisses *Nueva Mayoría* zusammensetzen. Die Namen und Gesichter dieser Persönlichkeiten werden die kollektive Erinnerung der Gesellschaft an die Tatsache wachrufen, dass die aktuelle Allianz *Nueva Mayoría* lediglich eine Art Relaunch (erweitert um die PC) der historischen Parteienkoalition *Concertación* ist, die 20 Jahre lang (1990 bis 2010) die Regierung stellte – und bei den vorletzten Wahlen abgewählt wurde, da sie programmatisch ausgelaugt und als Verwalterin des Status quo politisch diskreditiert war.

Die zweite Quelle der Ernüchterung wird der Kongress sein, denn nach wie vor ist nicht die Präsidentin, sondern die Legislative für die Verabschiedung von Gesetzen zuständig. Und dafür werden Mehrheiten benötigt, über die die zukünftige Regierungskoalition *Nueva Mayoría* nicht in jedem Fall verfügt: Die von Bachelet vorgeschlagene Steuerreform erfordert nur eine einfache Mehrheit (61 Abgeordnete, 20 Senator_innen), die *Nueva Mayoría* in beiden Kammern problemlos aus eigener Kraft aufbieten kann. Dagegen lässt sich die angestrebte Bildungsreform nur mit dem Votum von 4/7 der Parlamentarier_innen (69 Abgeordnete, 22 Senator_innen) auf den Weg bringen – knapp mehr, als das Regierungslager zusammenbringen kann. Dennoch dürfte wohl auch in diesem Fall das notwendige Quorum mit Hilfe einiger unabhängiger Parlamentarier_innen zustande kommen (darunter ehemalige Repräsentant_innen der Studierendenbewegung) – sofern das Reformvorhaben den Forderungen der außerparlamentarischen Sozialbewegung entspricht. Für die Abschaffung des binominalen Wahlsystems wird die Zustimmung von 3/5 der Parlamentarier_innen (72 Abgeordnete, 23 Senator_innen) benötigt – ein Quorum, das nur mit erheblichen Mühen zu erreichen sein dürfte, da dazu »Überläufer_innen« aus dem Mitte-Rechts-Block benötigt werden. Warum aber sollten Mandatsträger_innen von RN und UDI der Abschaffung eines Systems zustimmen, das der politischen Rechten den Fortbestand ihrer Vetomacht garantiert? Die umfassende Reform der Verfassung – gleichfalls eine zentrale Aussage des Wahlprogramms von Bachelet – benötigt sogar die Unterstützung von 2/3 der Parlamentarier_innen (80 Abgeordnete, 25 Senator_innen) – es ist nicht zu sehen, wie dieses politische Wunder zustande kommen sollte.

Einige politische Beobachter_innen prognostizieren bereits jetzt das Scheitern der ambitionierten Reformagenda der frischgewählten Präsidentin Bachelet – und in dessen Folge ein Anwachsen der Sozialbewegung und damit in letzter Konsequenz den Zusammenbruch der politischen Stabilität des Landes. Sicherlich dürfte sich erneut außerparlamentarischer Druck aufbauen, sollte Bachelet die an sie gebundenen Erwartungen enttäuschen. Sozialbewegungen funktionieren jedoch nicht mechanistisch, d. h. individuelle Enttäuschung verwandelt sich nicht automatisch in kollektives Handeln. Sollte die zukünftige Regierung zudem bei einigen Schlüsselthemen glaubwürdige Schritte der Veränderung unternehmen, dann dürfte dies verhindern, dass die heterogenen Kräfte der Sozialbewegung erneut zu Massendemonstrationen (wie zuletzt 2011) zusammenfinden.



Über den Autor

Reiner Radermacher ist Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Chile.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dörte Wollrad | Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik

Tel.: +49-30-269-35-7484 | Fax: +49-30-269-35-9253
<http://www.fes.de/lateinamerika>

Bestellungen/Kontakt:
info-lak@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-753-3